

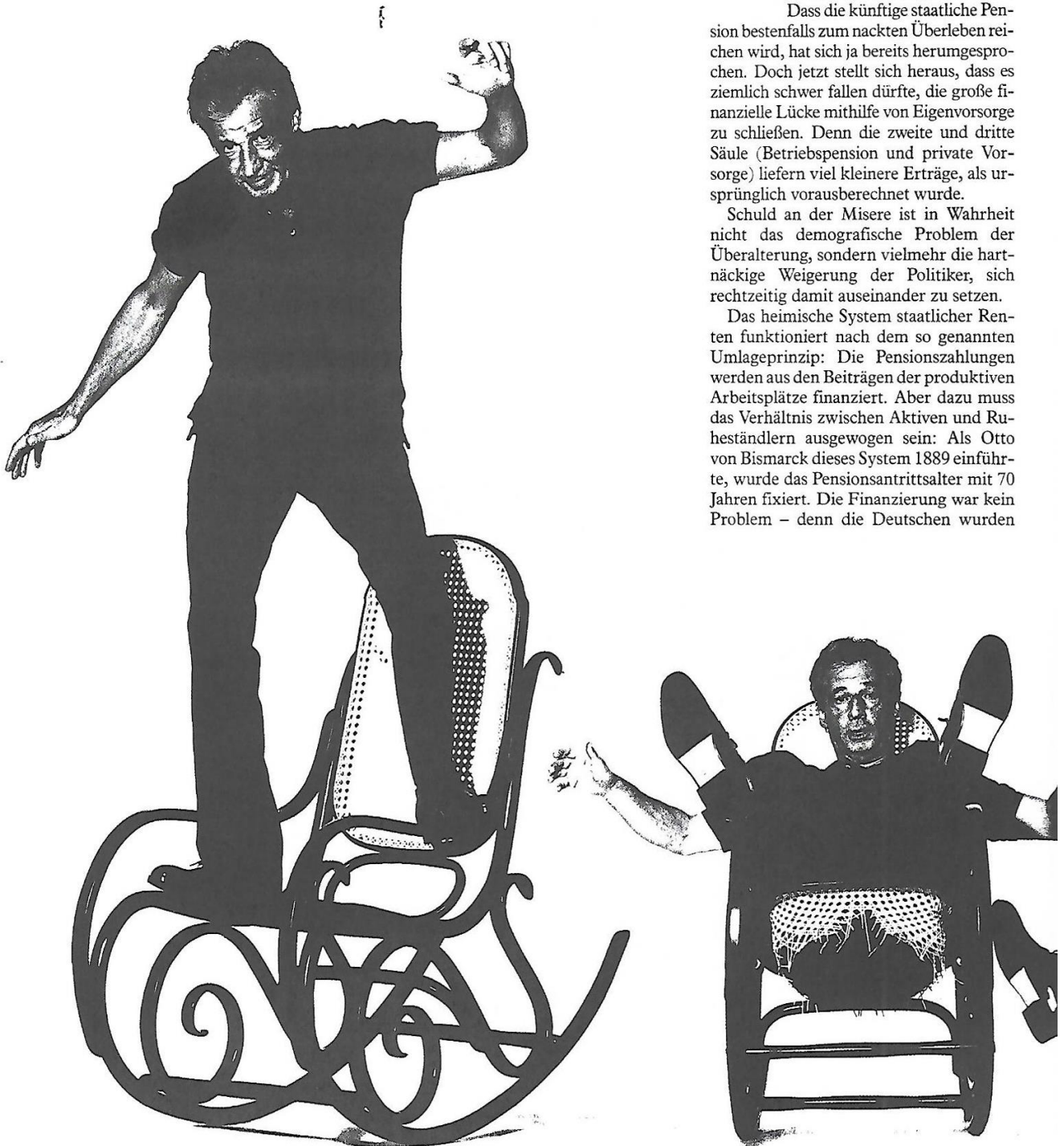
Leben ohne Pension

ie wollen in der Pension mindestens genauso gut leben wie heute? Nun, da werden Sie sich aber ordentlich anstrengen müssen.

Dass die künftige staatliche Pension bestenfalls zum nackten Überleben reichen wird, hat sich ja bereits herumgesprochen. Doch jetzt stellt sich heraus, dass es ziemlich schwer fallen dürfte, die große finanzielle Lücke mithilfe von Eigenvorsorge zu schließen. Denn die zweite und dritte Säule (Betriebspension und private Vorsorge) liefern viel kleinere Erträge, als ursprünglich vorausberechnet wurde.

Schuld an der Misere ist in Wahrheit nicht das demografische Problem der Überalterung, sondern vielmehr die hartnäckige Weigerung der Politiker, sich rechtzeitig damit auseinander zu setzen.

Das heimische System staatlicher Renten funktioniert nach dem so genannten Umlageprinzip: Die Pensionszahlungen werden aus den Beiträgen der produktiven Arbeitsplätze finanziert. Aber dazu muss das Verhältnis zwischen Aktiven und Ruhestandlern ausgewogen sein: Als Otto von Bismarck dieses System 1889 einführte, wurde das Pensionsantrittsalter mit 70 Jahren fixiert. Die Finanzierung war kein Problem – denn die Deutschen wurden



Die staatliche **ALTERSVERSORGUNG REISST**, das Netz der **PRIVATVORSORGE** ebenfalls: was von falschen Versprechungen zu halten ist und wie Sie trotzdem zu einer **TRAGFÄHIGEN PENSION** kommen. VON REGINALD BENISCH

damals im Schnitt ohnehin nur 48 Jahre alt.

Seither haben sich die Verhältnisse gründlich verändert: Die Lebenserwartung stieg kontinuierlich und wird in einigen Jahren deutlich über 80 liegen. Zusätzlich fiel nach dem Babyboom der sechziger Jahre die Geburtenrate auf historische Tiefstwerte. Aber das ließ die Verantwortlichen im Zeitalter des Glaubens an die Machbarkeit aller Dinge einfach kalt.

Der Wiener Sozialforscher und Regierungsberater Bernd Marin beklagt, dass alle Regierungen der letzten 20 Jahre das Problem verschlafen hätten: „Es gab nur vereinzelte Warner, auch auf sozialistischer Seite – den Metallarbeitergewerkschaftschef Sepp Wille etwa oder Sozialminister Dallinger. Aber keiner hat auf sie gehört.“

Alles kein Problem. Als die Versicherungen Anfang der neunziger Jahre begannen, die Öffentlichkeit immer wieder mit neuen Schreckensszenarien künftig unfinanzierbarer Pensionen zu bombardieren, dementierte die SPÖ noch aufs Heftigste, dass es überhaupt ein Pensionsproblem gäbe. Damit ging wertvolle Zeit verloren, denn die Fehlbeträge und die nötigen Korrekturmaßnahmen wurden von Jahr zu Jahr größer.

Erst als der deutsche Sozialforscher Bert Rürup 1997 die Ergebnisse seiner von der österreichischen Bundesregierung bestellten Studie präsentierte, verstummten die Dementi. „Damit wurde“, so Karl Klein, Chef der Fraktion christlicher Gewerkschafter, „endlich das nötige Problembewusstsein geschaffen.“

In Wahrheit aber noch immer nicht: Denn statt die Pensionen zu beschneiden, fühlte sich die SPÖ/ÖVP-Koalitionsregierung bemüht, sie rasch noch einmal anzuheben. Erst drei Jahre später begann Bundeskanzler Wolfgang Schüssel das Pensionsantrittsalter hinaufzuschrauben – ganz vorsichtig um 18 Monate (auf 61,5 Jahre für Männer und 56,5 Jahre für Frauen). Was ihm seitens der Opposition und der Gewerkschaften prompt den Vorwurf eklatanter Kaltherzigkeit eintrug.

Plötzliche Hast. Das jüngste Reformpaket, von der schwarz-blauen Regierung heuer in aller Eile zusammengeschneidert, enthält nun erstmals Maßnahmen, die an die sechs Jahre alte Rürup-Studie erinnern: Das Pensionsalter wird stufenweise auf 65 und 60 angehoben, der Durchrechnungszeitraum zur Berechnung der Pensionshöhe (bisher die besten 15 Jahre) auf 40 Jahre (Durchschnitt) gestreckt. Dass

sich dabei fatale Fehler eingeschlichen hatten (auf die Einberechnung der Inflation wurde vergessen), überrascht angesichts der großen Hast kaum.

Die aktuelle Reform sei bestenfalls ein Ansatz, kritisiert Klein. Und Marin fordert: „Da muss jetzt sehr rasch eine Harmonisierung und die lange versprochene Einführung des Pensionskontos nachgebracht werden, sonst bleibt die jetzige Reform wieder ein Pfusch.“ Absolut vorrangig sei die Abschaffung der Privilegien der Beamten. „Bei den ASVG-Pensionen ist der Reformbedarf eher gering, bei den Beamten dagegen gigantisch“, meint Marin. Während im ASVG-Bereich 85 Prozent der Pensionsleistungen aus Beiträgen und nur 15 Prozent aus dem Budget zu finanzieren seien, müssen bei Beamten 57 bis 77 Prozent aus Steuermitteln zugeschossen werden und „auf Länderebene teilweise mehr als 80 Prozent“. Oder andersherum: „Für ein Zehntel der Pensionisten, nämlich für die Beamten, schießt der Staat genauso viel zu wie für die übrigen 90 Prozent.“

Sein Vorschlag: Eine Steuer auf Superpensionen von Spitzenbeamten, sofern die Zahlungen eine Höchstbemessungsgrundlage überschreiten und nicht aus eigenen Beiträgen gedeckt sind.

THOMAS SCHÄFER (4)



„Ich halte es nicht für unsittlich, länger zu arbeiten.“

Alfred Gusenbauer, SPÖ-Parteichef



„Keiner hat auf die Warner gehört.“

Bernd Marin, Sozialexperte

Moderner Verteilungskampf. Am Abbau der Pensionsprivilegien der Beamten wird sich die Regierung wohl die Zähne ausbeißen. Erstaunlich wenig Widerstand droht dagegen bei der Verlängerung der Arbeitszeit – und das nicht nur in Österreich: Die EU-Bürger (mit Ausnahme der Franzosen) lehnen sich in erster Linie gegen Rentenkürzungen und höhere Beitragszahlungen auf – nicht so sehr gegen einen späteren Pensionsantritt.

Abgesehen davon, dass sich niemand darauf berufen kann, dass ihm jemand in der Vergangenheit einen 20- bis 30-jährigen Ruhestand versprochen hätte, wäre die Möglichkeit, länger zu arbeiten, nicht nur für den Staat, sondern auch für viele Individuen ein Segen: Die Verlängerung der Aktivzeit verbessert die Chancen, mehr für eine private Zusatzpension anzusparen. Und mit den Ersparnissen ließe es sich im entsprechend verkürzten Zeitraum des Ruhestands besser leben.

Das scheint nun sogar den Sozialdemokraten einzuleuchten, die den Reformbedarf bei der Staatspension noch vor kurzem heftig in Abrede gestellt hatten. Zumindest Parteivorsitzender Alfred Gusenbauer meint heute: „Ich halte es nicht für unsittlich, länger zu arbeiten.“ Man müsse sich allerdings im Klaren sein, dass die Gesellschaft stärker differenzieren müsse, je höher das Pensionsantrittsalter festgesetzt werde. Im Klartext: „Was hilft's einem Bauarbeiter, wenn die durchschnittliche Lebenserwartung über 80 liegt, wenn er selbst nur 67 wird.“

Emanzipation der Frauen. Eine andere Art von Differenzierung dürfte hingegen in absehbarer Zukunft fallen: Der frühe Pensionsantritt der Frauen, die statistisch gesehen länger leben als Männer. Gewerkschafter Klein hielte diese Art von Emanzipation für durchaus sinnvoll. Für Professor Marin wäre allerdings die Umwandlung der Hinterbliebenenrente und ein großzügiger Nachteilsausgleich Voraussetzung für diesen Schritt: „Erst dann kann ich von den Frauen verlangen, dass sie bis 65 arbeiten.“

Selbst SPÖ-Chef Gusenbauer hält diesen Schritt mittlerweile für zumutbar: „Das wird ohnehin kommen.“ Allerdings: Der heutige Unterschied in der Pensionshöhe sei dann nicht mehr akzeptabel: „Männer bekommen ja fast doppelt so viel ASVG-Pension wie die Frauen.“

Wenn nun alle in Zukunft länger arbeiten müssen (Marin: „Innerhalb einer Ge-

neration wird das faktische – nicht das gesetzliche – Pensionsalter um zehn Jahre steigen“), mag das die prekäre Situation des Staates durchaus entspannen. Bleibt freilich die Frage, ob jeder Arbeitswillige auch Arbeit finden wird. Und das hängt – so Gusenbauer – von drei Faktoren ab: „Erstens von der Konjunktur, zweitens von der Requalifikation älterer Mitarbeiter und drittens von einer Verflachung der Einkommenskurve. In der Metallindustrie verdient ein 35-jähriger Arbeiter das Gleiche wie ein 57-Jähriger, der die gleiche Funktion hat.“ Anderswo würde dagegen strikt nach dem Senioritätsprinzip bezahlt, was älteren Arbeitnehmern immer wieder auf den Kopf falle. Vom besonderen Kündigungsschutz älterer Mitarbeiter hält der SPÖ-Chef freilich wenig: „Das macht jede vernünftige Umstrukturierung im Unternehmen unmöglich und hat in der Vergangenheit schon einige in den Konkurs gedrängt.“

Bernd Marin glaubt, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt mittelfristig günstig entwickeln wird: „Die 30-jährige Periode der Massenarbeitslosigkeit läuft jetzt langsam aus. Spätestens 2010 oder 2012 kehren wir zur Vollbeschäftigung zurück, wie wir sie in den sechziger Jahren hatten.“

Abstriche bei der Staatsrente. Was der Professor freilich nicht voraussagen kann: wie groß die Lücke der Staatspension in zehn oder gar 20 Jahren ausfallen wird – eine wichtige Information für jeden, der diese Lücke durch private Vorsorge schließen will.

Auch Genosse Gusenbauer mag sich, was die Höhe künftiger Pensionen betrifft, überhaupt nicht festlegen: „Das ergibt sich aus der Multiplikation der Anzahl der Zahler mit der Beitragshöhe. Beides hängt von Wachstum und Reichtum unseres Landes in der Zukunft ab – und damit sind wir beim Kaffeesudlesen.“ Unter der Voraussetzung, dass die Durchrechnungszeiträume verlän-

gert und die Spitzenpensionen der Beamten mit einer zehnprozentigen Solidaritätsabgabe belegt würden, sei das System finanzierbar.

Nach den Berechnungen des Pensionistenverbands wird aber allein schon die Streckung der Kalkulationsbasis (bis 2027 von 15 auf 40 Jahre) die Österreicher teuer zu stehen kommen: Die „Nettoersatzrate“ (Staatspension = 80 Prozent der Aktivbezüge) würde bei künftigen Ruheständlern auf 55 bis 60 Prozent fallen – und daraus folge eine Rentenkürzung um 25 bis 31 Prozent. Die niederösterreichische Arbeiterkammer kommt zu einem ähnlichen Resultat – nämlich auf Abstriche von 30 Prozent und mehr.

Private Vorsorge in der Krise. Aber das sind für jeden, der seinen Ansparbedarf ausrechnen will, viel zu nebulöse Vorgaben. Dazu kommt, dass sich die Hoffnung, mit den alternativen Vorsorgevehikeln der zweiten und dritten Säule die Einbußen bei

der Staatsrente wettzumachen, in Luft aufgelöst haben.

So müssen jene 365.000 Österreicher, die von ihrem Unternehmen mit einer Zusatzrente aus dem Topf einer Pensionsvorsorgekasse beglückt werden sollen, entsetzt feststellen, dass dieses System nach Börsencrash und

Zinsverfall arg ins Wanken geraten ist. Die tieferen Ursachen: schwere Konstruktionsfehler, für die der Gesetzgeber verantwortlich zeichnet (siehe Story „Wie versprochen – so gebrochen“, Seite 144).

Aber auch die dritte Säule – die individuell ersparte Privatpension – hat sich als ziemlich brüchig erwiesen: Viele, die wegen des niedrigen Zinsniveaus knapp vor dem Börsencrash 2000 auf die Idee gekommen waren, sich ihre Vorsorge mithilfe von Aktien zusammenzuspekulieren, mussten die Hälfte ihres Kapitals in den Kamin schreiben.

Schlechte Zeiten für Vorsorgesparrer. Da die Lücke aus der staatlichen Pension größer ausfallen wird als bisher angenommen, befinden sich die Vorsorgesparrer in einem argen Dilemma: Sichere Bundesanleihen liefern äußerst magere Erträge, von Sparbüchern ganz zu schweigen. Andererseits haben die meisten Österreicher nach ▶

„Beim Einzahlen weit übers Ziel hinaus-schießen und sich vornehmen, ein Riesen-erbe zu hinterlassen.“

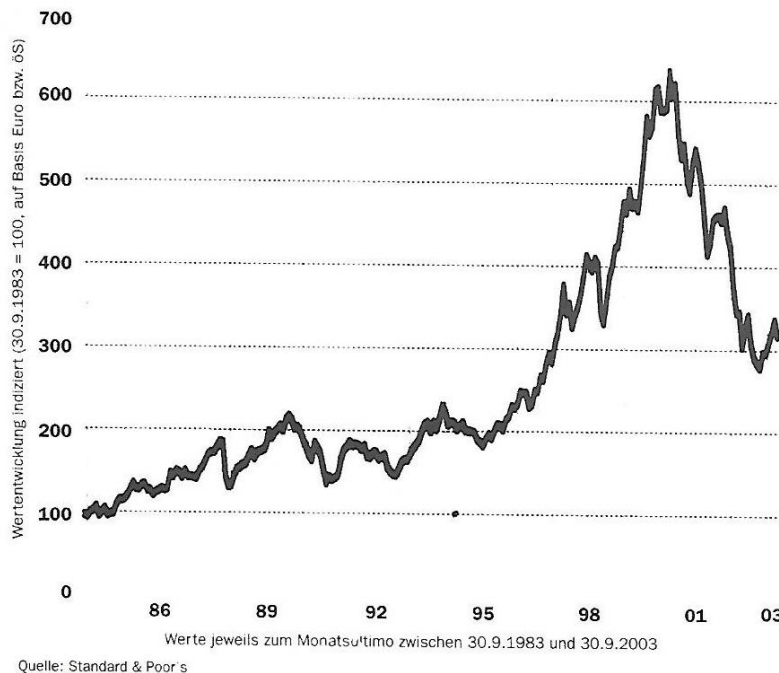
Kathrein-Bank

EXTREM VERZERRT

Der tiefe Fall

Langfristig bringen Aktien den besseren Ertrag.

Der Weltaktienindex MSCI World (umgerechnet in Euro) ist seit dem 31.8.2000 um fast die Hälfte eingebrochen. Selbstverständlich hat das auch jene Anleger hart getroffen, die langfristig in Aktien angelegt haben. Über 20 Jahre ergab sich freilich trotz des jüngsten Aktien-Crashes eine Verzinsung von über sechs Prozent.



den bösen Börsenerfahrungen wenig Lust, es neuerdings mit Aktien zu probieren. Und von jenen, die wegen der optisch hohen staatlichen Prämie bei der neuen prämiengünstigten Zukunftsvorsorge aufgesprungen sind, durchschauen nur die wenigsten, worauf sie sich da eingelassen haben (siehe Story „Balanceakt“, Seite 139).

Wilhelm Rasinger, Betriebswirtschaftslehrer an der TU Wien und Vorsitzender des Interessenverbands für Anleger, weiß haargenau, was angesichts der vielen Unsicherheiten zu tun ist: „Man muss großzügiger dotieren, also mehr zur Seite legen als ursprünglich geplant. Und das funktioniert, wenn man weniger hirnlos konsumiert und sich da und dort einschränkt.“

Wie das Ersparnis optimal auf verschiedene Anlageprodukte aufzuteilen ist, sollte man seiner Meinung nach immer wieder neu überdenken: „Man kann auf einem Excel-Tableau alles Mögliche 30 Jahre hochrechnen, aber das ist sinnlos. Was vor 30 Jahren empfohlen wurde, hat sich ja auch bald als Unsinn herausgestellt.“

Für Christoph Kraus, Vorstandsvorsit-

zenden der Wiener Privatbank Kathrein & Co, ist die demografische Entwicklung zwar „eine der am besten voraussagbaren Größen“, das gelte aber nicht für ihre Folgen: „Wie sich die Überalterung zum Beispiel auf die Immobilienpreise auswirken wird, lässt sich nicht abschätzen.“

Risikofaktor Inflation. Und das gilt natürlich genauso für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung oder Inflation. Und gerade die Inflation ist ein Faktor, der für Vorsorgesparrer spielentscheidend ist: „Wenn sich jemand heute“, so Rasinger, „eine 30-jährige Staatsanleihe zulegt und im zehnten Jahr die große Inflation ausbricht, ist das Papier nicht einmal mehr die Hälfte wert.“

Generali-Bank-Vorstand Gustav Dressler meint allerdings, dass die Inflation nicht mehr eine so große Gefahr darstelle wie bisher: „Die Wirtschaft ist flexibler geworden, traditionelle Engpässe in der Produktionskapazität und im Lager gehören wahrscheinlich der Vergangenheit an.“ Außerdem stehe uns in den nächsten Jahren ohnehin kaum überhitztes Wachstum ins Haus.



HEIDI MICHEL/DEBOR

„Mehr zur Seite legen als geplant.“
Wilhelm Rasinger, Anlegerschützer

Anlegerschützer Rasinger fürchtet freilich eine ganz andere Art von Inflation: „Ich meine nicht Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, sondern eher bei Kranken- und Pflegediensten, wie sie vor allem von Senioren nachgefragt werden.“ Und da könnte sich die demografische Entwicklung doppelt negativ auswirken: Eine größere Zahl von Pensionisten fragt solche Dienstleistungen nach, aber die Zahl jener, die solche Dienste anbieten, ist demografisch bedingt knapp. Die Folgen: Das Leben wird für Ruheständler überdurchschnittlich teuer, und die Ersparnisse schmelzen rascher dahin als geplant.

Das Fazit für Vorsorgesparrer: Sofort die Sparraten erhöhen. Und gleichzeitig auf bestmögliche Verzinsung hinarbeiten.

Nicht ohne Aktien. Und da werden die börsengeschädigten Österreicher wohl oder übel über den eigenen Schatten springen müssen. Denn über längere Perioden haben sich Aktien noch immer als ertragreichstes Investment erwiesen – und, im Vergleich zu Anleihen, obendrein als besserer Schutz gegen Inflation.

Wer vor 20 Jahren in einen Korb voll Aktien aus aller Welt investiert hatte, verlor zwar in den letzten drei Jahren fast die Hälfte seines Kapitals, über die gesamte Laufzeit ergab sich aber trotzdem eine jährliche Verzinsung von über sechs Prozent (siehe Grafik „Der tiefe Fall“). Wer mit dabei war, aber heute in Pension geht und seinen Aktienanteil folgerichtig in den letzten Jahren zugunsten von Festverzinslichen zurückgeschraubt hatte, konnte sich dem Crash teilweise entziehen und seine Gesamtrendite auf acht, zehn oder noch mehr Prozent per annum steigern.

Klar ist, dass man mit Aktien in absehbarer Zeit kaum Renditen von über 20 Prozent verdienen wird, wie das in den Jahren des Börsenbooms durchaus üblich war.

Wer Kapital für eine private Pension aufbaut und mindestens zehn Jahre Zeit hat, sollte – so der Rat von Anlegerschützer ▶

KAMPF DER GELDENTWERTUNG

Aktien oder Anleihen

Beim Vorsorgesparen geht es auch um den Erhalt der Kaufkraft.

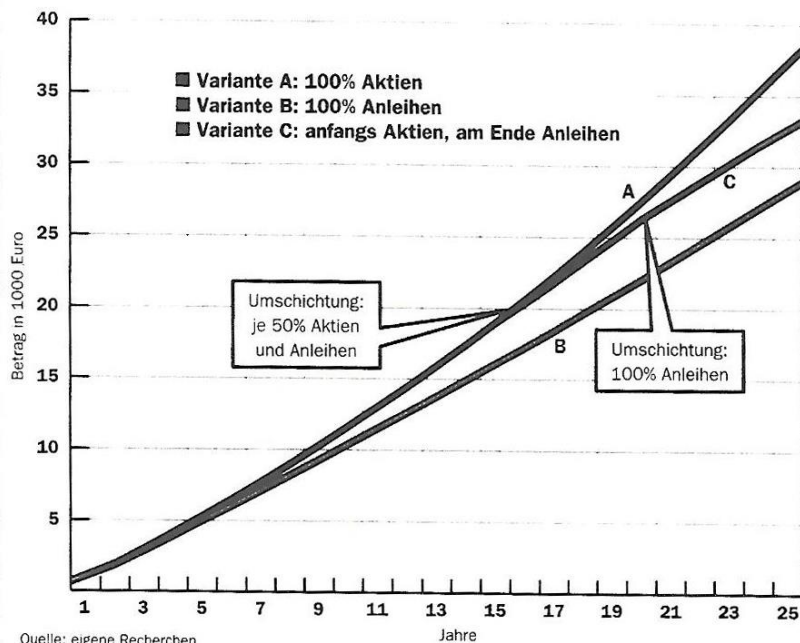
Was heute angespart wird, verliert durch die Inflation laufend an Kaufkraft. Um das zu verhindern, müssen die jährlichen Einzahlungen laufend um die Geldentwertung erhöht werden. Und die Verzinsung des Kapitals muss obendrein über der Inflationsrate liegen.

In unserem Beispiel beträgt die Einzahlung im ersten Jahr 1000 Euro. Die Kurven zeigen die Entwicklung des Kapitals über 25 Jahre. Sie verlaufen je nach Realverzinsung (inflationsbereinigte Nominalverzinsung) unterschiedlich steil. Der Endwert entspricht heutiger Kaufkraft, wenn die Raten jährlich der Inflation angepasst werden.

In **Variante A** wird in ein erstklassiges Aktienportfolio investiert, dessen Wert um drei Prozent p. a. anwächst und schließlich 37.553 Euro erreicht.

Variante B bildet ein Portfolio aus Staatsanleihen ab, die ein Prozent real bringen. Der Endbetrag: 28.526 Euro.

In **Variante C** wird ein reines Aktienportefeuille Ende des 15. Jahres in ein gemischtes (50:50) und Ende des 20. Jahres in ein reines Rentenportfolio verwandelt. Die Endsumme: 32.961 Euro. Variante C ist dann sinnvoll, wenn man rechtzeitig vor Pensionsantritt das Volatilitätsrisiko der Aktienbörsen eliminieren will.



Rasinger – einen beträchtlichen Teil in Aktien investieren, allerdings nicht in irgendwelche: „Am besten wählt man Aktien von soliden, konservativen Unternehmen.“ Und, so Rasinger weiter: „Man darf auch solche Aktien nicht kaufen, weglegen und vergessen. Ich muss die Unternehmen immer im Auge behalten.“ Daneben hält er auch „Immobilien in bester Lage und mit anpassungsfähigem Ertrag, also indizierten Mieten“, für ein viel versprechendes Vorsorgeinvestment – vorausgesetzt, dass man sich solch große Brocken leisten kann.

Risiko breit streuen. Angesichts der großen Unsicherheiten sollten Vorsorge-

sparer eine alte Investorengrundregel im Auge behalten, die vor großen Katastrophen schützt, auch wenn sie da und dort zu Renditeminderungen führt: „Lege nie alle Eier in einen Korb.“ Im Fachjargon heißt das Diversifikation und bedeutet, dass man sein Geld auf mehrere voneinander unabhängige Anlageklassen aufteilt, die sich in unterschiedlichen Wirtschaftsphasen möglichst gegensätzlich entwickeln. Rasinger: „Wer so vorgeht, spart sich die Kosten einer Kapitalgarantie.“

Dressler von der Generali Bank empfiehlt eine Dreiteilung des Kapitals: „Als Erstes sollte sich der Österreicher, so



„Zwang zu regelmäßigen Zahlungen.“
Gustav Dressler, Generali Bank

schwer es ihm derzeit fällt, ein vernünftiges Aktienportefeuille zulegen.“ Konkret denkt er da an „zwei bis drei erstklassige Aktienfonds mit Spitzen-Rating und langem Track Record, die sich geografisch, währungsmäßig und in der Titelauswahl möglichst wenig überschneiden“.

Der zweite Teil ist seiner Meinung nach in Festverzinsliche zu investieren – zum einen in Rentenfonds, zum anderen direkt in Staatsanleihen unterschiedlicher Laufzeit, wobei man sich derzeit eher auf kürzere konzentrieren und erst nach einem stärkeren Zinsanstieg in längere Laufzeiten umschichten sollte.

Als drittes Standbein empfiehlt Dressler, noch heuer Lebens- und Rentenversicherungen abzuschließen und den noch höheren Garantiezinssatz von bis zu 3,75 Prozent festzuschreiben, bevor er Anfang 2004 auf (bis zu) 2,75 Prozent fällt.¹⁾

Erfolgsentscheidend ist für Dressler aber auch, sich dazu zu zwingen, regelmäßig und diszipliniert einzuzahlen: „Das ist wichtiger als die Asset Allocation, die ohnehin nach einigen Jahren adaptiert werden muss.“

Auch Kraus von der Kathrein-Bank hält Disziplin beim Ansparen für einen wichtigen Erfolgsfaktor. Aber das wird seiner Meinung nach nicht reichen: „Man muss schon in der Einzahlungsphase weit über das Ziel hinausschießen. Am besten nimmt man sich fest vor, ein Riesenerbe zu hinterlassen. Aber die Erben sollen sich nicht zu früh freuen. Sie werden nichts davon bekommen, schon gar nicht als vorgezogene Schenkung, wie das in letzter Zeit immer wieder vorkam. Aber dafür wird es sich dann für den Vorsorgesparer in der Pension ausgehen.“

¹⁾ Bei Rentenversicherungen wird die Höhe der künftigen Zahlungen schon heute fixiert, berechnet nach den aktuellen Sterbetafeln. Das könnte sich als großer Vorteil erweisen – wie groß, lässt sich heute noch nicht abschätzen. Wer dagegen bloß Kapital anspart und es erst zum Zeitpunkt seines Pensionsantritts verrenten lässt, dem wird die Rente nach den dann gültigen Sterbetafeln berechnet – und dabei wird monatlich sicher weniger herauskommen.